

Volks-Zeitung

Deutsches fünftägiges Jahrgang.

Zeitungspreis
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Einsendung 1.00 Mark, vierteljährlich
2.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark.
ausgeschlossen. Zustellungsgeld für
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
ausländischen Zeitungspostverkehr unter
Sonder-Zustellungsgeldern. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit der Zusam-
mengegabe „Volks-Zeitung“ gestattet.
Gesamt der Schriftleitung Nr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Zeilungs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Anzeigen
Preis 2.75 Pf. 30 mm br. Kolumne
oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unfernen Anzeigen-
blättern u. allen Anzeigenblätter-
angeboten. Kleinanzeigen die 20 mm
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
annahmezeit vom 11 Uhr
für die Sonntag-Abt. abends
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: halbe. Erfüllt
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Bismarckstr. 19, G. Braun-
hofsstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 21 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 12.

Halle, Mittwoch, den 8. Januar.

1919.

Fortschritte der Regierungstruppen.

Abdruck der Unterhandlungen mit den Spartakusleuten. — Erfolge gegen die Polen.

Die Verhandlungen mit den Unabhängigen abgebrochen.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Re-
gierung hat mit den Vertretern der unabhängigen Sozial-
isten sich gestern morgen bis in die späten Nachmittags-
stunden hinein unausgesetzt Verhandlungen geflogen, um
eine Einigung zu erzielen und den drohenden Bürgerkrieg
zu vermeiden. Die Verhandlungen sind abge-
brochen worden, da die Vorbedingung, nämlich die Freie-
gabe der besetzten Zeitungen und aller sonstigen
besetzten öffentlichen Gebäude usw., durch die
Vertreter der unabhängigen Sozialisten abgelehnt wor-
den ist. Zur Stunde ist die Regierung damit beschäftigt,
das gesamte verfallene Material zusammenzu-
bringen und mit aller Energie unter Anwendung aller ver-
fügbaren Mittel einzustreuen und Ordnung und Ruhe
zu schaffen.

Das gesamte Offizierkorps für die Regierung.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In
später Nachtstunden haben gestern Offiziersposten durch
den Westen von Berlin in offenen Straßen und Straßen mit,
das sich das gesamte Offizierkorps Berlins dem Volksbe-
wusstsein erklärt habe, unbedingt hinter der Regierung Ober-
befehlsmäßig zu stehen. Die Offiziere forderten auch die
Siegerehrung auf, sich zu bewaffnen. Heute vormittag um
10 Uhr haben in der Reichshaus Verhandlungen zwischen
der Regierung und den Unabhängigen wieder begonnen.
Man nimmt jedoch allgemein an, daß sie zu einem Abstieg
nicht kommen werden, da die Regierung nicht geneigt ist, von
ihren bisherigen Forderungen abzugehen. Die Regierung
wird es am 10. frühlich ihre Forderungen klar zu
den Behörden, Herr der Situation zu bleiben.
Auch jetzt stehen wieder Gerüchte durch die Stadt, daß
nach Berlin Truppen von auswärts dirigiert
werden.

Im Laufe des Vormittags versammelten sich die Un-
abhängigen und Spartakisten wieder in der Siegesallee zu einer
Demonstration. Der Demonstration geht jetzt noch durch
die Straßen und ist bisher ohne Zwischenfall verlaufen.
Trotzdem fanden im Zentrum von Berlin Kämpfe statt.
Man erwartet, daß heute noch von der Regierung
der Belagerungszustand über Berlin verhängt
werden wird.

Wiedereroberung des Anhalter Bahnhofs.

Blutige Zusammenstöße. — Die „Rote Bahn“ von
Regierungstruppen besetzt. — Plünderungen.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Berlin war heute
nach wieder der Schauplatz blutiger Kämpfe. Wie wir hören,
besteht die Regierungstruppen im Laufe der Nacht die „Rote Bahn“,
das Depot des Sperrzuges, und haben mit bis zu drei
Stunden im Besitz. Heftige Kämpfe haben sich am Anhalter
Bahnhof entwickelt, der seit gestern nachmittag von Spartakisten besetzt
war. Den Regierungstruppen ist es in der Nacht gelungen, den
Bahnhof wieder zurückzuerobern. Sie haben ihn bis zu diesem
Morgens in den Händen. Die Charlottenstraße, Wilhelmstraße
und das Brandenburger Tor, unter den Händen die vierhöckerige
und der Polizeicommando waren heute noch der Schauplatz blutiger
Zusammenstöße. Die Regierungstruppen haben überall die Zugänge
zu den Straßen besetzt. Niemand darf sie passieren.
Eschen erhalten wir die Meldung, daß Truppen von außer-
halb auf dem Wege nach Berlin seien, um die Regierung gegen den
Fortschritt zu schützen. Wie wir aus bestmöglicher Quelle er-
fahren haben, ist die Stadt Berlin ringum von Regierungstruppen
besetzt. Eine Division mit Artillerie und Maschinengewehren soll
in den Vormittagsstunden eintriften. — Am Anhalter Bahnhof
find die Kämpfe noch neuen, entzündet. Die Spartakisten besetzen
unter Aufsicht eines Strafe, ihn wieder zurückzuerobern. Auch
am Platz der „Rote Bahn“ wird noch gekämpft, doch befindet
sich dieser sicher in den Händen der Regierungstruppen.
Die Regierungstruppen erhalten immer mehr Zugang und es
ist zu erwarten, daß, obwohl noch heftige Kämpfe stattfinden werden,
es ihnen doch gelingen wird, Ruhe und Ordnung wieder her-
zustellen. Die großen Geschäfte haben seit gestern mittag zum Teil
geschlossen, ebenso die Abfuhr der Kasse und Geldwirtschaften.
Es sind in dieser Nacht bereits zahlreiche Plünderungen
von Geschäften und Betrieben vorgekommen.

Zwischenfall des Stadtkommandanten Sischer.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Haltung der Volks-
marinedivision berichtet der „Vorwärts“. Stadtkommandant
Leuninger Sischer habe sich gestern nach dem „Vorwärts“ be-
geben, wo er Dorenbach und Liebnicht antraf. Auf die
Frage, was zwisch, erklärte Dorenbach, es bestie ein ge-

heimer Vertrag zwischen der Volksmarinedivision und der
Spartakus-Leuten. Liebnicht, Klotz und Sischer erklärten
Sichern Sischer, er müsse dastellen, da er Einblick in die
Tatige Seiten haben. Er sollte aber Befehl geben, die
Mannbesetzung der Truppen aufzugeben. Auf erneute
Frage Sischers wurde geantwortet, das Volk in seinen besten
aufgeklärten Teilen habe beschloßen, noch heute die Rege-
rung zu stützen und die Titular zu verurteilen. Da Sischer
sich absehend verhielt, wurde er in ein Zimmer einge-
schlossen. 10 Uhr vormittags erschienen Vertreter der Kom-
mandantur im Marzial und teilten mit, der Marzial würde
geöffnet werden, wenn Sischer nicht freigegeben werde. Nach
einigen Unterhandlungen unterzeichnete Sischer eine noch ihm
abgefaßte Erklärung, daß er nichts unternehmen werde, um
den Marzial zu stürzen und sein Amt niederzulegen. Kurz
darauf erschienen sieben Vertreter der Volksmarinedivision
und erklärten, sie lehnten jede Gemeinschaft mit den bewaff-
neten Spartakusleuten ab und übernahmen für die Taten
der im Marzial angelammelten Zivilisten keine Verant-
wortung. Es wurde beschloßen, den bisherigen Führer
Dorenbach zu verhaften. Um 8 Uhr abends verließ Sischer
unter dem Schutze der Marine den Marzial.

Die Matrosenwache als Schutz für die Reichsbank.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Wie schon ge-
meldet sind, haben die Spartakisten gestern nachmittag auch die
„Rote Hand“ besetzt.
Im Gegenzug zu anderen Meldungen wird von der Reichs-
bankpräsidenten Korrespondenz behauptet, daß der Eisenbahn-
verkehr völlig ununterbrochen bleibt mit Ausnahme des täglichen
Kohlenverkehrs, welcher von den Spartakisten noch besetzt ist. Die
Reichsbank selbst, die heute um 10 Uhr vormittags die abge-
brochenen Verhandlungen mit der Regierung
wieder aufgenommen werden. Mit den Matrosen, die die
Bewachung der Reichsbank übernommen haben, hat sich die gesamte
Volksmarinedivision, die nach wie vor den Marzial als Kaserne
benutzt, neutral erklärt. Die Matrosenwache, über die sich Reichs-
bankpräsidenten besprochen, sei gänzlich gewahrt hat, ist entschloßen,
die Staatsbank gegen jeden Eingriff zu schützen und ihren Ge-
schäftsbetrieb sicherzustellen.

Wie ist die Haltung der Truppen.

Berlin, 7. Jan. Ueber die Kämpfe, die am Montag in
Berlin während des ganzen Tages stattgefunden haben, läßt sich ein
abschließendes Urteil noch nicht abgeben. Es haben Kämpfe vor
dem Reichstagsgebäude stattgefunden, vor dem Reichstags-
Kasernen und in der Köpenicker Straße bei der Pioneer-
Kaserne stattgefunden. Bei den Kämpfen um das Kriegs-
ministerium hat eine Einigung zwischen den kämpfenden Parteien
stattgefunden, daß dieses partiell besetzt worden ist, wäh-
rend die Kämpfe an den anderen Stellen ununterbrochen ge-
blieben sind. Die Pioneer- und die Wohnung des Reichsbank-
palais sowie des Kriegsministeriums liegen auf Seiten der Rege-
rung, während bei den anderen Truppenposten, wie mittelst
wenig Neigung bestehen soll, auf die von der Untertragung der
Streikteiligen teilzunehmen. Es wird vielmehr behauptet,
die Matrosenwache zu verhalten. Auch die Matrosenwache
soll die Mäßigkeit haben, eine neutrale Haltung zu bewahren.

Vor einer abermaligen Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 7. Jan. Mit Rücksicht darauf, daß eine weitere
Verlängerung des Waffenstillstandes demnachst in Aussicht
steht, und um die Absichten der Regierung beurteilen zu
können, verlangte der Vorsitzende der französischen
Waffenstillhandelskommission in Spa in der
Eidung vom 5. Januar noch genauere Angaben als die bis-
her erickten über den Verlauf der deutschen Demobilisierung
an allen Orten.

Kolmar wieder in deutscher Hand.

Blutige Niederlage der Polen bei Wlisch.
Die Stadt Kolmar ist gestern Montag nachmittag wieder
von den Polen durch Truppen der Garnison Schneidmühl
besetzt worden.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Kämpfe in Polen
werden noch folgende Einzelheiten in Selbstemüß bekannt:
Montag abend hatte eine unierer Freiwilligenkompanien in der
Gegend von Wlisch ein schweres Gefecht mit den von
Kolmar anrückenden polnischen Truppen. Die Polen wurden
zurückgeschlagen und über Kolmar hinaus vertrieben. Kolmar
ist seit heute früh in deutschen Besitz. Die Verluste sind
auf beiden Seiten sehr schwer. Auch bei Weissen-
höhe hatte eine Freiwilligenkompanie ein Gefecht mit den
Polen. Auch hier verlor dieses zu unierer. Die Frei-
willigenkompanien haben sich in beiden
Kämpfen gut bewährt. Oberleutnant Semmler von
der 12. U. unternehm gestern einen Erkundungszug nach
Kolmar und machte dort wichtige Feststellungen. In Wlisch
ist nach alles ruhig. Für alle Aufstellungen sorgen Mägen
und Panzerautos. Die wichtigsten Industriewerke haben
starke militärische Sicherungen erhalten.

Die Arbeiterprobleme und die Sozialisierung.

Eine Erklärung des Deutschen Industrie-
und Handelsstags.

In einer Eingabe an den Rat der Reichsbeauftragten
beschäftigt sich der Deutsche Industrie- und Handelsstag mit
den durch die Revolution hervorgerufenen wirtschaftlichen
Problemen. Nachdem er zunächst die Forderung aufgestellt hat,
daß die Regierung, da sie die Gewalt an sich gezogen habe,
nun auch verpflichtet sei, mit allen Kräften die Sicherheit
der Bevölkerung zu gewährleisten und die Ordnung wieder-
herzustellen, kommt er auf die schwierigen Arbeiter-
und Angestelltenprobleme zu sprechen. Arbeiten
ist das einzige, was dem deutschen Volke not tut. Dieser
moralischen Notwendigkeit wird aber keineswegs entsprochen;
denn wir sehen, daß die Arbeit auf ein höchst kleines
Ausmaß zurückgedrängt, daß man sie fast als eine
Mißart gleichsam als ein Uebel betrachtet, das nur durch
eine phantastisch hohen Lohn entgolten werden kann. Da-
bei haben noch nicht einmal die Arbeiter selbst einen Vorteil
von ihrem Verlust; denn durch die maßlosen Forderungen
werden die Löhne in die Höhe getrieben und führen zu einer
Verteuerung aller Waren. Zudem wird vermindert
wieder der Vorteil der Lohnsteigerung, eine Wirkung, die als
die besetzte-Gehalts-ohne-Lohn zu neuen Forderungen
führt. Im Zusammenhang damit wird Deutschland
binnen kurzem seiner Wettbewerbsfähigkeit auf dem
Weltmarkt entleert sein. Am schlimmsten wirkt die
Unfähigkeit unter den Arbeiter. Die größten Ge-
schäfte werden für die Bevölkerung herausgeschworen, zumal
da auch die Versorgung mit Wärme, Licht und Wasser von
der ausreichenden Abschließung abhängig ist.

Des weiteren beschäftigt sich der Deutsche Industrie- und
Handelsstag in seiner Eingabe mit der Frage der Sozial-
isierung. Er erkennt an, daß die bisherigen Staats-
betriebe, wie Post, Eisenbahn u. dgl., vollkommen ihre Auf-
gabe erfüllt haben und daß man vielmehr auch noch zur
Verhaktung einiger weiterer dazu unbedin-
gungsgerechter Betriebe übergehen müsse. Dagegen
findet der Handelsstag keine Verurteilung in der von maß-
gebenden Stellen ausgesprochenen Zustimmung, daß die all-
gemeine Sozialisierung nur vorläufig ausgeführt werden sollte.
Wer, so fragt er, sollte wohl Lust haben, einen Betrieb zur
Nüch zu bringen, wenn er zunächst muß, daß er später für
reife erklärt und ihm genommen wird? Die Sozialisierung
läßt die Kräfte, die die Volkswirtschaft zur höchsten Ent-
wickelung bringen. Es ist erforderlich, daß jeder die Früchte
seiner Tätigkeit erntet; denn daß das Gefühl der Verpflich-
tung gegenüber der Gesamtheit eine hinreichend starke
Wirkung ausübt, ist eine irdische Ideologie. Auch ist
es ein Wahn, zu glauben, daß durch eine andere Art der
Güterverteilung der auf den einzelnen entfallende
Anteil erheblich gesteigert werden kann; denn was hier zu
geschehen hat, muß auf dem Wege der Verbesserung geschehen.
Schließlich weist der Handelsstag noch darauf hin, daß die
Verstaatlichung der privaten Betriebe leicht unter Ge-
neralplan könne, sie als vollkommene Pfänder ihres
Schaudners, des Deutschen Reichs, mit Beschlag zu legen.
Seine gesamten Forderungen faßt der Deutsche Industrie-
und Handelsstag dahin zusammen, daß
1. Ordnung und Sicherheit wiederhergestellt werden,
2. die Untertragung des Wirtschaftslebens durch über-
triebene Forderungen der Arbeiter, durch mangelhafte
Arbeitsleistung und durch Arbeitslosen unterbleibe,
3. die Sozialisierung als Grundlag aus dem Programm
der Zukunft aufsehe.

Die Entente droht mit dem Einmarsch.

Berlin, 7. Januar. Die Deutsche Allgem. Ztg. schreibt
regierungsamtlich:
Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag
und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen
der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle
Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt. Die
Vertreter der Entente haben sich bereits un-
terstützt, ob Deutschland nach ihren Ereignissen in der
Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtun-
gen zu entsprechen. Sie verlangen Sicherheiten
für die Erfüllung ihrer Forderungen und drohen, sich
eventuell diese Sicherheiten an eigene Faust zu
verschaffen. Wenn sich das deutsche Volk nicht im

